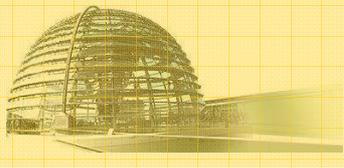


Globale Gestaltungsfreiheit

Die internationale Politik im Lichte der Wahlprogramme 2009
der Parteien des Deutschen Bundestages



Eching, 20. September 2009



Summary 1

Stellenwert der internationalen Politik 2

Ausgangslage: Die Kanzlerin ihrer Aussenministerin..... 4

Union: Kanzlerinnenverantwortung 7

SPD: Aussenpolitisch auf dem Steinweg 10

FDP: Back to the Basics 14

Bündnis ´90 / Die Grünen: Back to the roots 17

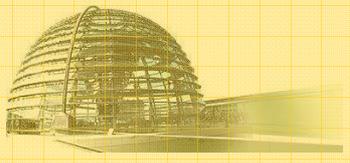
Linkspartei: Zurück in die Vergangenheit 22

Fazit für die neue Regierung..... 24

Literatur 28

Vorbemerkung

Der vorliegende Beitrag analysiert nicht nur die internationalen Teile der Bundestagsparteien zur Bundestagswahl. Aufgrund der zeitnah davor stattfindenden Europawahlen wurden die zentralen europapolitischen Positionen in die Analyse einbezogen.



Summary

Die Wahlprogramme der Parteien für den internationalen Politikbereich sind in der Regel Desiderate aus vorangegangenen Programmbeschlüssen. Die aussenpolitischen Teile der Wahlprogramme der sechs Bundestagsparteien enthalten deshalb auch recht wenig neues. Sie beschreiben den Standpunkt der Aussenpolitik konstant, mit Ausnahme der Grünen jedoch weitgehend verkürzt. Themen wie internationale Migration, Energieaussenpolitik oder die Regionalpolitik finden sich hier nicht wieder.

Die Parteiprogramme enthalten deshalb auch nur wenig, welches die Aussenpolitik der Bundesrepublik weiter entwickeln würde. Teilweise, wie bei den Grünen, gehen sie sogar hinter die realpolitischen Ansätze der Ära Joseph Fischer zurück. Vor allem die FDP ist erstmals bereit, eine klare Interessenformulierung zu machen – nach der die Partner bereits seit langem verlangen.

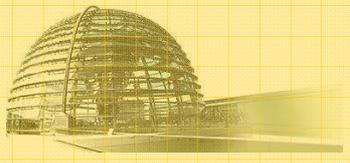
Stellenwert der internationalen Politik

Internationale Politik dient den Parteien in Deutschland in der Regel als Spielwiese der Ideologien und als Feld der Profilierung ohne starke innenpolitische Konsequenzen. Guido Westerwelle war bis weit in seine Amtszeit als Parteivorsitzender ein innenpolitisch fixierter Politiker, der die Aussenpolitik nicht wahrnahm. Erst als ihm bewusst wurde, dass für einen Vizekanzler die internationale Erfahrung durchaus relevant sein konnte, orientierte er sich stärker auf die Folgen für die Wahlchancen. Jürgen Trittin ist in erster Linie auf dem Feld der Umweltpolitik zu Hause und hat sich erst nach 2005 der Aussenpolitik gewidmet, als er stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Grünen im Bundestag wurde.

Bundeskanzlerin Merkel reüssierte erst in dem Staatsamt der Bundeskanzlerin als international agierende Politikerin, wenn sie auch bereits als Umweltministerin und damit Gastgeberin internationaler Konferenzen Erfahrung sammeln konnte. Während sie in der Innenpolitik durch die Grosse Koalition gefesselt war, konnte sie auf dem internationalen Parkett ihr Amt auch gegenüber dem Aussenminister und SPD-Kanzlerkandidaten ausspielen. Hier half hier die weit grössere Aufmerksamkeit, die eine Regierungschefin auch international erhält, während der Aussenminister in deren Schatten steht. Bereits unmittelbar nach Amtsantritt erreichte sie eine deutliche Verbesserung des Verhältnisses zu den USA und wahrte die Distanz zum russischen Präsidenten Putin. Gerade die enge Freundschaft und die Apostrophierung Russlands als „lupenreine Demokratie“ durch Amtsvorgänger Schröder hatte in der Bevölkerung vor Irritationen gesorgt, die Merkel aufgriff und das Verhältnis zu Russland in ein auch bei den Wählern akzeptiertes Koordinatensystem zurecht gerückt hat.

Der Stellenwert der internationalen Politik scheint damit auch für eine global agierende Mittelmacht wie Deutschland nur sehr bedingt zu sein – wenn die Akteure das Politikfeld erst vor dem Hintergrund der eigenen Machtambitionen oder in ihrem Amt erkennen. Bereits an dieser Stelle muss jedoch zwischen der Europapolitik und der international-globalen Politik unterschieden werden. Die **Europapolitik** oszilliert bereits seit langem zwischen einem hohen Grad an innenpolitisch zuzurechnenden Entscheidungen und einer auf die Aussenbeziehungen orientierten Politik. Dies zeigt die zunehmende Bedeutung, die in der Öffentlichkeit die Besetzung des Kommissarspostens spielt. Aber auch die hohe Zahl an europäischen Rechtsakten spielt hier eine Rolle, weshalb auch das Glühbirnen-Verbot oder die Regelung der Bananen-Krümmung in der deutschen Diskussion anzuführen sind. Auch die zunehmende Verdichtung der EU von einer internationalen Organisation zu einer noch nicht ausgereiften Staatsorganisation sorgt für einen hohen Grad Aufmerksamkeit, da nicht zuletzt Linkspartei und die Rechtsparteien das Schreckgespenst wahlweise einer imperialistischen Supermacht oder einen





multikulturellen Gemischtwarenladens an die Wand malen. Aber auch die etablierten Parteien sind tendenziell euroskeptisch eingestellt, da ihnen die Dominanz der EU eine zu starke Zentralisierung und damit Aushöhlung der eigenen Gestaltungsmöglichkeiten vor Augen steht. Dass die Parteien die EU im wesentlichen als verlängerten Arm der nationalen Politik sehen und ihr nur einen begrenzten Politikrahmen verantworten wollen, zeigen auch die Wahlaussagen: diese beschliessen die nationalen Parteiorganisationen. An einer gemeinsamen europäischen Programmatik der europäischen Parteifamilien fehlt es bislang.

Anders ist dies bei der **allgemeinen Aussenpolitik**. Die Exportnation Deutschland interessiert sich nur brennpunkthaft für das internationale Geschehen, obwohl die Bundesrepublik in nahezu allen internationalen Organisationen vertreten ist und teilweise auch parlamentarische Gremien bestehen. Vergleicht man die internationale Debatte, so standen in den vergangenen vier Jahren Afghanistan, der Iraq, der Israel-/Palästina-Konflikt und das iranische Atomprogramm im Zentrum der Debatte. Der geographische Korridor ist ebenso klein wie der inhaltliche. Die internationalen Sicherheits- und Entwicklungsstrukturen, die letztlich die Grundlage für die Lösung auch solcher Konflikte sind, haben hingegen keine Rolle gespielt. Nicht nur in der öffentlichen Debatte, sondern auch in der parlamentarischen.

Es wird so deutlich, dass die Aussenpolitik in der deutschen Politik keinen wirklichen Stellenwert besitzt. Die Bundesrepublik nimmt an dieser Stelle keine Sonderstellung ein, ähnliches ist auch in den USA, Frankreich und Grossbritannien zu beobachten. Anders als in diesen Ländern nimmt die programmatische Behandlung – nicht deren praktische Umsetzung – jedoch deutlich ideologischer Züge ein. Unter dem Motto „wir verbessern die Welt“ verlangen insbesondere die linken Parteien Linkspartei und Grüne globale Sozialprogramme, die dem Eurozentrismus das Wort reden. Hier werden Fundamentalforderungen aufgebaut, die bereits in der Innenpolitik nicht durchsetzbar sind. Fundamentalforderungen sind jedoch im internationalen Umfeld noch weniger als im nationalen durchsetzbar.

Fazit: Die internationale Politik ist auch im sechzigsten Jahr der Bundesrepublik eine Spielwiese für Karrieren, Abgeschobene und Ideologen.

Ausgangslage: Die Kanzlerin ihrer Aussenministerin

Die Aussenpolitik spielte in den vergangenen vier Jahren einerseits eine grundlegende und gleichzeitig eine begleitende Rolle. Nach den schweren Fehlern, die die Regierung Schröder/Fischer in der Definition der aussenpolitischen Leitlinien gemacht und damit eine internationale Handlungsunfähigkeit herbei geführt hatte, musste die neue Regierung unter Bundeskanzlerin Angela Merkel zunächst beweisen, dass sie die Freiheit des Handelns zurück gewinnen wollte. Die betraf vor allem die Neujustierung des Verhältnisses zu den USA und zu Russland sowie China. Gerade hier war die Handlungsbalance aus den Fugen geraten, denn während die USA zum ultimativen Feind erklärt wurden, wurde Russland als „lupenreine Demokratie“ durch Schröder ausgewiesen.

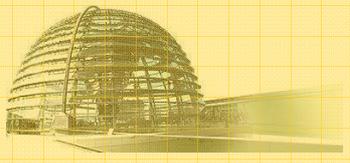
Merkel war von Anfang an ihre eigene Aussenministerin, die Frank-Walter Steinmeier lediglich das Klein-Klein des Tagesgeschäfts überliess. Dies ist insofern ungewöhnlich, da bisher alle Bundeskanzler erst zu einem späteren Zeitpunkt in die Aussenpolitik auch aktiv eingriffen. Merkel reiste bereits kurz nach ihrem Amtsantritt nach Washington D.C. und Moskau. Insbesondere in Moskau fiel auf, dass sie mit der Begegnung mit Bürgerrechtsgruppen ein neues Zeichen setzte und einen Kontrapunkt zur Schröders enger Anbindung verdeutlichte. Der eigentliche Aussenminister Steinmeier machte es seiner Chefin später nach und traf ebenfalls regelmässig auf seinen Auslandsreisen Oppositionsgruppen.¹ Gegenüber den USA machte sie deutlich, dass Partner unterschiedliche Ansichten zulassen müssen und die USA nicht die bedingungslose Gefolgschaft seiner Verbündeten verlangen kann. George W. Bush begann, diese Haltung zu akzeptieren, auch weil Merkel dies nicht mit der Verbreitung eines dumpfen Anti-Amerikanismus verband. Vielmehr sah Bush jun. die Chance, dass Deutschland mit Angela Merkel an der Spitze wieder ein Partner auf europäischem Boden sein können, der in Europa gehör findet.

Merkel setzte jedoch ganz generell in den Aussenbeziehungen einen anderen Akzent als ihr Vorgänger und ihr Aussenminister. Schröder hatte die Welt schematisch eingeteilt: Russland war ein guter Partner und sogar eine „lupenreine Demokratie“. Währenddessen waren die USA der Böse Schurke, der sich nicht an internationale Konventionen hielt und stattdessen in Cowboy-Manier seine eigenen Interessen weltweit durchsetzte. China wurde trotz der Verletzungen von Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit als wohlgeleitener Wirtschaftspartner gesehen.

Merkels Wandel war hier deutlich: neben der Wiederannäherung an die USA brachte sie auch das Gefangenenlager Guantanamo zur Sprache und unter ihrer Kanzlerschaft kam auch der Deutsch-Türke Kurnaz aus der Haft frei. In Russland suchte sie – wie später



¹ Eckart Lohse / Markus Wehner, Rosenkrieg . Die große Koalition 2005-2009, Köln 2009, S. 134.



auch anderswo – von Anfang an den Kontakt zu Oppositionellen und äusserte sich zur Demokratie eher zurückhaltend. Gegenüber China setzte Merkel zwar auf ein gutes Verhältnis, empfing aber gleichzeitig den Dalai Lama und provozierte damit deutliche politische Reaktionen des Reiches der Mitte. Angela Merkel bestimmte so nicht nur die aussenpolitische Agenda, sondern die überliess es auch nicht ihren Regierungsgesprächspartnern, mit wem sie redete. Der Empfang des Dalai Lama wurde deshalb auch als deutliches Zeichen in der Pekinger Machtzentrale aufgefasst – und die Reaktion des inhaltlichen Beziehungsabbruchs nur deshalb vollführt, weil die KPC erwartet hatte, dass Merkel sie bei ihrem Besuch wenige Wochen zuvor in Peking darüber informiert.

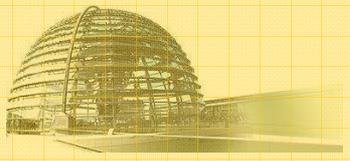
Steinmeier war in vielen Punkten entweder offen oder verdeckt in Opposition gegangen, Merkel fand jedoch aus Sicht der Bevölkerung den richtigen Ton. Den Schröders Kurs sowohl gegenüber Russland wie China und der USA war in dieser Form nicht mehr Konsens und Merkel rückte dieses Disverhältnis wieder ein Stück gerade. Steinmeier und die SPD waren an dieser Stelle Gefangene ihrer eigenen Politik in der sieben Jahre währenden rot-grünen Regierungszeit. Steinmeier hatte als Kanzleramtschef diese Politik massgeblich mit geprägt und konnte sich bereits um der eigenen Glaubwürdigkeit willen nicht von ihr lösen.

Merkels Hauptaugenmerk jedoch galt zwei anderen Themen: Europa und der globalen Klimapolitik.

- **Globale Klimapolitik:** Als ehemalige Umweltministerin hatte sie bereits in der Wahlkampagne 2005 deutlich gemacht, dass sie dieses Thema selbst besetzen werde. Was während des Wahlkampfes noch als offene Flanke – die CDU hatte diese Sichtweise nicht offen kommuniziert – gesehen wurde, setzte sich rasch als wesentlicher Punkt des G8-Vorsitzes 2007 durch. Die Grünen, die Merkel und der Union immer eine mangelnde Sensibilität für dieses Thema nachsagten, mussten erkennen, dass die Kanzlerin vielleicht nicht immer die selben Konzepte verfolge, jedoch im Grundsatz die selben Ziele.

Mit ihrer Reise nach Grönland in Begleitung des dänischen Ministerpräsidenten Rasmussen setzte sie sich erneut vor ihren Aussen- und ihren Umweltminister von der SPD. Obwohl diese Reise im Ergebnis eher dürftig war, machte Merkel doch an dieser Stelle ihren Schwerpunkt deutlich. Steinmeier reiste ihr quasi – wie so oft – wenig später nach, die mediale Aufmerksamkeit konnte er jedoch nicht erreichen.

- **Europa:** Angela Merkel gelang es relativ mühelos, an den euro-integrativen Kurs ihres Vor-Vor-Gängers Helmut Kohl anzuknüpfen. Die Regierung Schröder hatte bereits mit dem Grundrechtekatalog und dem Verfassungsvertrag den Anknüpfungspunkt gesetzt, der schliesslich im *Lissaboner Vertrag* münden sollte und wiederum durch Frankreich und die Niederlande gestoppt wurde. Es war



Merkels Hartnäckigkeit und Können, die schliesslich 2007 den Vertrag rettete, als sie zwischen den europäischen Regierungschefs vermittelte.

Merkel ändert auch in der europäischen Politik vor allem den Stil. Während Gerhard Schröder vor allem auf die die *big three* – Deutschland, Frankreich, Grossbritannien – setzte und die kleinen Mitgliedsstaaten auch einmal abstrafte², intensivierte die Kanzlerin die Beziehungen zu allen Mitgliedsstaaten vor allem durch ihre Reisediplomatie. Sie hörte sich ihre Probleme an, reiste zu ihnen und wollte die Regierungen so in ihrem eigenen Umfeld kennen lernen.³ Durch diese Politik fühlen sich die Regierungen wieder ernst genommen und Merkel kann Grossmachtaspirationen, wie sie beispielsweise von den polnischen Kaczinsky-Brüdern unterstellt werden, leicht parieren.

Mit der Positionierung auf diesen Feldern verwies sie nicht nur die SPD auf die Plätze, sondern sie setzte sich auch von ihrem Vorgänger ab. Schröder hatte nahezu ausschliesslich wirtschaftspolitisch agiert und deshalb unter anderem die Partnerschaft zu China so stark intensiviert. Merkel agierte auch wirtschaftsorientiert, pflegte durch den ihr eigenen Politikstil jedoch einen anderen Auftritt und überrannte so ihre Gesprächspartner nicht mit der Durchsetzung der eigenen Interessen.

Zwischen Merkel und Steinmeier taten sich daher immer auch Konflikte auf. Gemeinsam waren ihnen die sicherheitspolitischen Leitlinien der Bundesrepublik. Beide unterstützten vorbehaltlos die Afghanistan-Politik der alten Bundesregierung und die neu formulierte Politik gegenüber Iran und Nordkorea, die mit ihrer Atompolitik die westlichen Staaten die gesamte Legislaturperiode hinweg in Atem hielten. Darüber hinaus gab es jedoch gravierende Unterschiede, vor allem in der Menschenrechtspolitik. Steinmeier war an dieser Stelle – Stichwort Russland und Tibet – immer eher der Bremser und musste sich wegen der rot-grünen Menschenrechtspolitik schliesslich auch vor zwei Untersuchungsausschüssen des Bundestages verantworten. Merkel konnte unbekümmerter sein, da sie erst 2005 ins Amt gekommen war. Ihr Aussenminister hingegen war gezwungen, die *laissez faire*-Politik seines alten Vorgesetzten Schröder zu rechtfertigen und inhaltlich fortzusetzen.

Auch dies sind Gründe, warum Merkel über die Legislaturperiode hinweg so hohe Beliebtheitswerte erringen konnte und Steinmeier zum Schluss der Legislaturperiode abbaute und auf den dritten Platz rückte. Für die Position des Aussenministers ist dies ein Novum der neuen Politikgeschichte und wohl auch darin zu begründen, dass sich Steinmeier mit der Übernahme der Kanzlerkandidatur und seiner eigenen Verankerung in der SPD als stellvertretender Vorsitzender in die Niederungen der Innenpolitik und die innerparteilichen Rankeleien begeben musste.

² Der Fall Österreich ist hier nur das sichtbarste Beispiel gewesen, nachdem sich dort 2000 eine ÖVP/FPÖ-Koalition gebildet hatte.

³ Margaret Heckel, So regiert die Kanzlerin . Eine Reportage, München / Zürich 2009, 2. Auflage, S. 107.

Union: Kanzlerinnenverantwortung

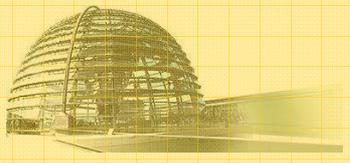
Angela Merkel war neben Gerhard Schröder die einzige Kanzlerin, die unmittelbar nach ihrer Amtsübernahme mit internationalen Problemen konfrontiert war. Sie hatte von ihrem Amtsvorgänger die Auseinandersetzung um den Iraq-Krieg übernommen und war immer wieder seitens der SPD diffamiert worden, in einem Iraq-Krieg deutsche Soldaten zum Einsatz bringen zu wollen. Die rot-grüne Vorgängerregierung hatte über diese Frage die Beziehungen zu den USA faktisch einschlafen lassen und den Kontakt nur noch auf das notwendigste reduziert. Merkel suchte deshalb zunächst den Kontakt zum U.S.-Präsidenten und schaffte es innerhalb kürzester Zeit, unter Beibehaltung der deutschen Position das Verhältnis zu den USA zu reparieren. Hinzu kam der Afghanistan-Konflikt, der an Schärfe seit Beginn ihrer Kanzlerschaft wieder zunahm.

Die Union besitzt eine strategische Verantwortung für die Aussenpolitik in der Bundesregierung nur über die Bundeskanzlerin. Aussen- wie Entwicklungshilfeministerium und damit die beiden strategisch agierenden Ministerien im internationalen Bereich liegen seit 2005 in den Händen der SPD. Verteidigungsminister Jung, der sich zuvor in Hessen mit landespolitischen Fragen beschäftigt hat, ist es in der Legislaturperiode nicht gelungen, einen strategischen Zugang zu aussen- und sicherheitspolitischen Fragestellungen zu erlangen und beschränkte sich auf die operative Führung der Bundeswehr. Spätestens mit dem G8-Gipfel und der EU-Verfassung stellte Merkel jedoch unter Beweis, dass sie im Kanzleramt eine schlagkräftige Organisation etabliert hatte, die auch ohne die SPD-geführten Ministerien gestaltend wirken kann. Merkel kam hier jedoch auch zugute, dass die beiden SPD-Minister Steinmeier und Wieczorek-Zeul nicht immer an einem Strang zogen und beispielsweise bei dem Empfang des Dalai Lama die Entwicklungshilfeministerin entgegen dem ausdrücklichen Wunsch des Aussenministers das tibetische Oberhaupt empfing.

Die Legislaturperiode war so von einem permanenten Kampf um die Aufmerksamkeit zwischen Merkel und ihrem SPD-Aussenminister Steinmeier geprägt, der sich mit der Ausrufung von Steinmeier als SPD-Kanzlerkandidat noch mehr zuspitzte. Merkel war von Anfang an bewusst, dass der Aussenminister ein potentieller Konkurrent ist⁴, da dass Aussenamt bereits in der Vergangenheit die Beliebtheitskalen anführte und die SPD personell nahezu ausgedünnt ist. Operativ schlug sich die Konkurrenzssituation zuletzt 2009 durch die Installation eines Afghanistan-Beauftragten im Auswärtigen Amt nieder, die ohne die Absprache mit Merkel erfolgte und – strategisch ein gewichtiger Nachteil zu den Regionalbeauftragten der USA, Frankreichs und Grossbritanniens – folglich auch nur für Steinmeiers Ministerium sprechen konnte. Eine echte Ressortkoordination in diesem



⁴ Eckart Lohse / Markus Wehner, Rosenkrieg . Die große Koalition 2005-2009, Köln 2009, S. 135.



Kristallisationspunkt der operativen Aussenpolitik war so nicht möglich und damit ging eine wichtige Ressource in der Politikgestaltung verloren. Merkel und ihrem Kanzleramtsminister ist an dieser Stelle der Fehler unterlaufen, nicht eher reagiert zu haben und so das für die Aussenpolitik immer gewichtigere Thema mit der Ausstrahlung auf zahlreiche andere Politikbereiche besetzt zu haben.

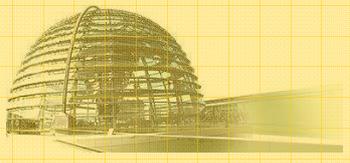
Das Hauptaugenmerk der Legislaturperiode lag aber auch bei der Kanzlerin und der Union in der Innenpolitik. Das letzte Drittel der Legislaturperiode wurde zudem von der Bankenkrise dominiert, die Rückwirkungen auf die internationale Zusammenarbeit hatte. Hier wurde deutlich, dass internationale Politik nicht mehr nur eine Frage der Diplomatie ist. Die G20-Gipfel drehten sich ausschliesslich um wirtschaftliche Fragen. Offenbar auch deshalb fiel die Debatte über die politische Zusammenarbeit im internationalen Raum auch deshalb eher dürftig aus.

Im Bundestagswahlprogramm hat die Union kein eigenständiges Kapitel, welches sich mit aussen- und europapolitischen Fragen befasst. Dieses wurde gemeinsam mit der Frage der inneren Sicherheit zusammengefasst und dürfte eher kein Versehen werden: die Union kämpft bereits seit langem dafür, die Erhaltung der inneren und der äusseren Sicherheit zu verknüpfen. Ein Instrument ist die Möglichkeit, die Bundeswehr im Inneren einsetzen zu können, was auch Bestandteil des Wahlprogramms ist.⁵ Bei der Lösung internationaler Sicherheitsfragen wie den globalen Terrorismus sehen die Unionsparteien jedoch die zentrale Verantwortung in der transatlantischen Partnerschaft. Nur sie besitze die Fähigkeit, die Sicherheitsprobleme wie im Nahen und Mittleren Osten oder in Afrika zu lösen. Die Zielvorstellung geht jedoch weit über eine reine Sicherheitsgemeinschaft, wie sie in der Nato bereits verwirklicht ist, hinaus. Vielmehr sucht die Union, den europäischen Handelsraum um Nordamerika zu erweitern, um die Problematik zunehmender Energieknappheit – in Form von Öl und Gas – in den Griff zu bekommen. Dies ist auch eine Antwort auf die Zusammenschlüsse, die die bisherigen Entwicklungsländer beispielsweise in der BRIC-Gruppe unternommen haben und so die OECD-Staaten zur Reaktion zwingen.

Die Nato bildet in der internationalen Sicherheitspolitik der zentrale Aktionsrahmen. Indirekt übernimmt sie die Botschaft des SPD-Fraktionsvorsitzenden Peter Struck, dass am Hindukusch Deutschland verteidigt wird, indem die Union den Afghanistan-Einsatz weiterführen will und auch sonst ihre Bereitschaft zum Ausdruck bringt, internationale Bundeswehreinsätze zu unterstützen.

Innerhalb des Bundestagswahlprogramms fehlen Aussagen zur institutionellen Weiterentwicklung der **Europäischen Union** vollständig. An dieser Stelle wird deutlich, dass beide Parteien, die für die Europawahl am 7. Juni 2009 getrennte Wahlaussagen vorgelegt haben, unterschiedliche Vorstellungen haben. Dies dürfte auch der Grund sein,

⁵ CDU / CSU zur Bundestagswahl 2009, S. 78.



warum sich die Partei im gemeinsamen Programm zur Bundestagswahl nicht auf einen Programmteil verständigen konnte.

Was beide Parteien eint ist die Ablehnung der EU-Mitgliedschaft der Türkei.⁶ Die Union hatte sich bereits sehr früh gegen eine Vollmitgliedschaft der Türkei ausgesprochen, da das islamische Land am Bosphorus die „gemeinsamen kulturellen und historischen Wurzeln“ Europas nicht teile.⁷ Da die Entscheidung über die Beitrittsverhandlungen noch unter der Regierung Schröder gefallen war, konnte sie die Entscheidung nicht mehr zurück holen und hat – im Gegensatz zu anderen Ländern – die Verhandlungen auch nicht im Alleingang blockiert. Auch wenn derzeit einige Kapitel der Beitrittsagenda nicht verhandelt werden, so wird die entscheidende Phase in der kommenden Legislaturperiode einleitet. Für die Union wird dies insofern eine Herausforderung, da sowohl der Wunschkoalitionspartner FDP⁸ als auch die anderen Parteien einer Erweiterung der EU – abhängig vom Ergebnis der Verhandlungen und die Reformschritte in der Türkei – offen gegenüber stehen.

Beide Parteien sprachen sich jedoch auch für einen einstweiligen Stopp der Erweiterung aus, um die EU in ihrer inneren Struktur zu konsolidieren. Obwohl hier nicht explizit darauf verwiesen wird, nehmen die Parteien darauf Bezug, dass der *Vertrag von Lissabon* bislang nicht ratifiziert und implementiert wurde. Die privilegierte Partnerschaft, die für die Türkei favorisiert wird, ist daher auch ein Modell, welches die Union auch für beispielsweise für die Ukraine und Belarus anstrebt, um dieses dann später in eine Vollmitgliedschaft umwandeln zu können.⁹

Die Unterschiede zwischen den Schwesterparteien liegen daher mehr im Detail der institutionellen Verflechtung, die auch auf die Bundesebene durchschlagen. So fordert die CSU eine Volksabstimmung über alle „wichtigen Fragen zu Europas Zukunft“¹⁰ – eine Beteiligungsform der Bürger, die sonst von beiden Parteien für die Bundesebene abgelehnt wird. Auch die Forderung der stärkeren Beteiligung der deutschen Legislative an der EU-Gesetzgebung stiess bei der grösseren Schwesterpartei auf nachhaltige Ablehnung. Der CSU kam an dieser Stelle das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 30. Juni 2009¹¹ gelegen. Für sie bot sich so die Gelegenheit, ihre Position nochmals zu artikulieren und bestimmte die Debatte im Juli 2009. Die Parteispitze der CSU suchte so die Bundesregierung an die Stellungnahmen der Legislative zu binden und ihr ging es vor allem um die Stärkung des Einflusses der Länder auf die europäische Gesetzgebung.¹² Im

⁶ vgl. Volker Kauder, Im Interesse Deutschlands . Die außen- und sicherheitspolitischen Positionen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ZFAS 2 (2009), S. 273-283 (278).

⁷ CSU Europa 2009, S. 15

⁸ FDP 2009, S. 71

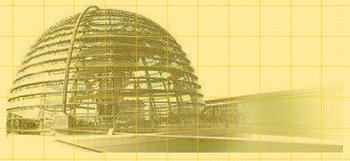
⁹ CSU Europa 2009, S. 15

CDU Europa 2009, S. 25

¹⁰ CSU Europa 2009, S. 2

¹¹ Urteil des Bundesverfassungsgerichts in den Organstreitverfahren 2 BvE 2/08 | 2 BvE 5/08 | 2 BvR 1010/08 | 2 BvR 1022/08 | 2 BvR 1259/08 | 2 BvR 182/09 vom 30.06.2009 (http://www.bverfg.de/entscheidungen/es20090630_2bve000208.html).

¹² Hartmut Koschyk, Fraktionsübergreifend grosse Zustimmung (Interview), Spiegel online 11.8.2009.



Kern war sie jedoch bestrebt, den Einfluss der bayerischen Landesregierung im „Moloch Europa“ auszuweiten und dabei auch die Landtage zu stärken.¹³ Selbst der CSU im Europäischen Parlament ging die Bindung der Bundesregierung in dieser Tiefe deutlich zu weit¹⁴ und im am 26. August 2009 beschlossenen neuformulierten Begleitgesetz waren die Beteiligungskompetenzen der Legislative weit weniger scharf ausgeprägt.

Aus diesem Streit über eine Detailfrage sollte jedoch nicht geschlossen werden, dass die Union in der Europapolitik sich auseinander dividieren lässt. Die Grundrichtung beider Parteien ist übereinstimmend und die Auseinandersetzung um die Beteiligung von Bundestag und Bundesrat an der europäischen Gesetzgebung spielt sich vor dem Hintergrund der Schwäche der CSU in Bayern ab.

Die Unionsparteien positionieren sich zugleich in der Frage des Klimaschutzes. Die Fortentwicklung des Kyoto-Protokolls unter Einschluss der USA ist so ein wesentliches Ziel, welches sich auch aus der Kanzlerschaft Angela Merkels ableitet. Gemeinsam mit der FDP setzt die Union jedoch an dieser Stelle auf die marktwirtschaftliche Lösung, bei der der Wettbewerb die einen Anreiz für die Emissionsreduzierung durch die Unternehmen sicherstellen soll.¹⁵ Die Gesamtemission ist begrenzt und im Rahmen des Kyoto II fortlaufend reduziert. Bewusst setzt die Union damit auf eine marktwirtschaftliche Lösung, um einen Wettbewerb um die besten Lösungen zuzulassen.

Fazit: Die Union lässt wichtige Aussagen zu den regionalen Schwerpunkten und auch zu zentralen inhaltlichen Themen vermissen. Zwar spielt die Klimapolitik eine wesentliche Rolle, jedoch die Themen wie Energiesicherung oder die regionalen Konflikte finden sich nicht wieder im Wahlprogramm. In der Europapolitik wird die Zerrissenheit der Union auch nach aussen sichtbar – hier fehlen die Aussagen vollkommen und im Europawahlprogramm sind die Positionen teilweise gegensätzlich.

SPD: Aussenpolitisch auf dem Steinweg

Den programmatischen Part der Aussenpolitik hatte in der SPD nicht der Kanzlerkandidat und gleichzeitige Aussenminister übernommen, sondern sein Staatssekretär Gernot Erler. Im März 2009 hatte er ein programmatisches Manifest vorgelegt¹⁶, welches die aussenpolitischen Themen des Wahljahres 2009 für die SPD schärfer erklärte als die beiden Programmschriften der Partei selbst. Erler hat dabei keine Perspektive gegeben, sondern

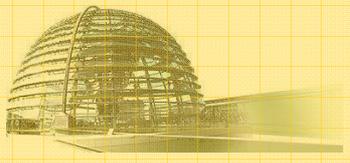


¹³ CSU Europa 2009, S. 3.

¹⁴ Seehofer setzt sich im Europa-Streit durch, faz.net 11.7.2009 (<http://www.faz.net/s/Rub594835B672714A1DB1A121534F010EE1/Doc~E8253A9B430414276A4FD121F65435886~ATpl~Ecommon~Scontent.html>).

¹⁵ CDU/CSU Wahlprogramm 2009, S. 71.

¹⁶ Gernot Erler, Mission Weltfrieden . Deutschlands neue Rolle in der Welt, München 2009.

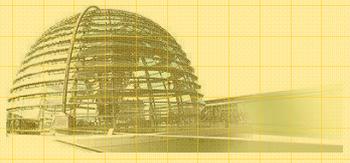


eine Rechtfertigung für die Ära Schröder abgeliefert. Da wird die Rede von Goslar immer noch als *ultima ratio* verkauft, obwohl sich der damalige Bundeskanzler viele Monate vor der eigentlichen Entscheidungen und ohne Konsultation selbst mit seinem Aussenminister als ernsthafter Gesprächspartner sowohl für den Iraq wie für die USA auskickte. Ein Wahlkampfgag, der die deutsch-amerikanischen Beziehungen nachhaltig beschädigte. Da wird ernsthaft versucht zu behaupten, dass der russische Präsident vom Kaukasus-Abenteuer im August 2008 vom georgischen Präsidenten Sakaschwili überrascht wurde und vollkommen unschuldig in diesen Konflikt geschlittert ist. Da wird nicht im Ansatz versucht, die Theorie des "lupenreinen Demokraten" zu korrigieren. Erler und die SPD setzen inhaltlich so den Kurs von Gerhard Schröder fort, der von vielen Bürgerinnen und Bürgern bereits als falsch empfunden wurde.

Die Partei hat in der Aussenpolitik ein ähnliches Problem wie die anderen Bundestagsparteien: ihnen fehlt der Nachwuchs auf diesem Feld, welches sich systematisch mit diesen Fragen auseinander gesetzt hat. Gernot Erler, Walter Kolbow und Gert Weisskirchen sind in diesem Bereich alte Kämpfer, die jedoch zunehmend das Ende ihrer politischen Laufbahn erreichen. Der einzige Nachwuchs – mit 36 Jahren auch schon eher der Mittelbau – war in der vergangenen Legislaturperiode noch eine Hoffnung, die sich trotz des Juso-Hintergrundes als pragmatisch erwiesen hat. In einem hamburginternen SPD-Machtkampf wurde er jedoch aus dem Bundestag rausgespielt, so dass die Fraktion nunmehr ohne Nachwuchspolitiker dasteht. Frank-Walter Steinmeier hat zudem bereits angedeutet, dass er – sollte die SPD die Regierungsbeteiligung verfehlen – nicht als Oppositionsführer agieren. Damit verliert die Partei auch nach aussen ihren bekanntesten Aussenpolitiker, der dann wohl eher als „Hinterbänkler“ im Bundestag agieren wird.

Das Wahlprogramm selber blieb in der Formulierung der Politik eher dürftig, was vor allem deshalb überrascht, da die SPD die beiden aussenpolitisch agierenden Ministerien – Auswärtiges Amt und Entwicklungshilfeministerium – in der Bundesregierung besetzt. Es kommt in weiteren Teilen über Allgemeinplätze und Zustandsbeschreibungen nicht hinaus und nimmt – soweit Inhalte angesprochen werden – eine Rechtfertigung der schröderschen Aussenpolitik vor. Gernot Erlers „Mission Weltfrieden“ wird inhaltlich so aufgegriffen und in die offizielle Programmatik eingearbeitet. Der amtierende Aussenminister und Kanzlerkandidat der Partei kommt faktisch nicht zur Sprache, obwohl er beispielsweise in Afghanistan oder dem Nahen Osten zu agieren versuchte. Die Partei antizipiert so auch das Macherimage, welches Angela Merkel in der internationalen Politik zugeschrieben wird und hinter dem Steinmeier mehr hinterher tappt als agiert.

Das Wahlprogramm macht deutlich, dass die SPD zwar in der Regierung beteiligt war, jedoch offenbar auf die dort geführte Politik keinen Wert legt. Faktisch existieren die vier Jahre der Grossen Koalition im Wahlprogramm nicht, obwohl in dieser Zeit solche grundlegenden Entscheidungen wie die Finalisierung des Lissabon-Prozesses, die Türkei-



Beitrittsverhandlungen und die Weiterentwicklung der G8 zur G20 fallen. Während das transatlantische Verhältnis 2005 nicht einmal Erwähnung fand, beginnen die Beziehungen zum wichtigsten westlichen Partner mit der Wahl von Barack Obama. Auf den U.S.-Präsidenten hatte bereits 2008 Steinmeier alles gesetzt und versucht, ihm eine Rede vor dem Brandenburger Tor in Berlin zu ermöglichen – was schliesslich am Widerstand Angela Merkels gescheitert war. Während Steinmeier und die SPD eher euphorisch an den neuen Präsidenten herangingen – im hessischen Landtagswahlkampf stilisierte sich der SPD-Spitzenkandidat als „Obama von Deutschland“ –, sah Obama selbst dies wesentlich nüchterner und brüskierte damit seine scheinbaren deutschen Pendanten. Bei einem Kurzbesuch Anfang Juni in Dresden und Weimar zeigte sich, dass Merkel ebenso wie mit Bush jun. auch mit Obama ein offenes Verhältnis pflegen kann¹⁷ und damit die Missstimmungen, die sich unter Gerhard Schröder aufgebraut hatten, in kurzer Zeit beiseite schob. Mit der deutlichen Unterstützung für Angela Merkel liess jedoch auch relativ rasch der Drang in Richtung Obama nach und auch Frank-Walter Steinmeier erwähnte ihn deutlich weniger. Der SPD fehlt ausserhalb des klassischen linken Anti-Amerikanismus ein Konzept, wie sie mit der letzten Supermacht umgehen will. Selbst in den Themenbereichen Nato und Terrorismusbekämpfung fehlt eine Antwort auf die U.S.-Administration.¹⁸

Über das transatlantische Verhältnis hinaus bleibt die SPD in einer auf die nördliche Hemisphäre beschränkten Politik verhaftet. Obwohl sie es nicht klar ausspricht, unterstützt sie die Rückkehr Russlands in die Funktion als Grossmacht, in sie „einen gemeinsamen Raum der Sicherheit von Vancouver bis Wladiwostok, in dem Nato und Russland vertrauensvoll zusammenarbeiten“¹⁹, das Wort redet. Weder die Ukraine noch die kaukasischen und zentralasiatischen Nachfolgestaaten finden hier Berücksichtigung, obwohl sie sich beständig gegen die russischen Ansprüche auf dieses „nahe Ausland“ zur Wehr setzen müssen. Steinmeier setzt sich hier auch von seiner eigenen Regierung und sogar seiner eigenen Politik ab und negiert das unter seiner Federführung erarbeitete EU-Zentralasien-Konzept, welches die russischen Ansprüche auf diese Einflusszone recht eindeutig zurückwies und den deutschen wie europäischen Interessen in dieser Region von der russischen Mitbestimmung ausgenommen hat.²⁰ Die SPD billigt Russland das Recht auf Einflussnahme nunmehr wieder zu und folgt damit dem schröderschen Duktus der „lupenreinen Demokratie“.

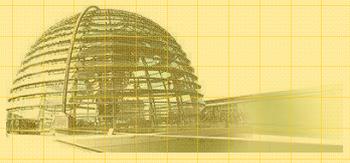
Mit diesem „russischen Freibrief“ endet die regionalpolitische Komponente der SPD. In der Aussen- und Sicherheitspolitik kommen – mit Ausnahme der Nahost-Region und Afghanistans – die Welt nicht mehr vor. Die ökonomische Bedeutung Asiens sowie die

¹⁷ Barack Obama lobt seine „Freundin“ Angela Merkel, welt.de 5.6.2009 (<http://www.welt.de/politik/article3865345/Barack-Obama-lobt-seine-Freundin-Angela-Merkel.html>).

¹⁸ vgl. Walter Kolbow, Mut zu Dialog und Kooperation. Kernelemente sozialdemokratischer Außen- und Sicherheitspolitik, ZFAS 2 (2009), S. 284-294 (292 f.).

¹⁹ SPD Wahlprogramm 2009, S. 90.

²⁰ Auswärtiges Amt, Die EU und Zentralasien: Strategie für eine neue Partnerschaft, S. 5.



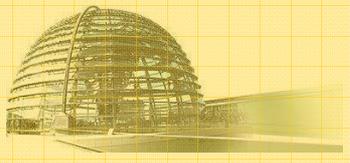
stragisch-ressourcenpolitische Komponente Afrika und Lateinamerika spielen für die Partei keine Rolle, obwohl gerade dies die Zukunftsregionen sind und es in Bezug auf die Formen der europäischen Zusammenarbeit hier die grössten Fans wieder finden. Damit werden die Investitionen, die die deutsche Politik in den letzten 20 Jahren hier unternommen hat, beiseite geschoben. Letztlich macht sich an dieser Stelle auch bemerkbar, dass die SPD keine Aussagen zur Entwicklungszusammenarbeit in ihrem Wahlprogramm verankert hat – ausser der Garantie der Fortexistenz des Entwicklungshilfeministeriums.

Der programmatische Teil der Wahlaussagen beschränkt sich denn auch auf die reine Sicherheitspolitik und stützt die Abrüstungsinitiative, der der U.S.-amerikanische und russische Präsident vereinbar haben. Steinmeier ergänzt die Abrüstungsinitiative um die Forderung nach einer Stärkung der Rüstungsexportkontrolle sowie eine Einschränkung des Aktionsradius von Privatarmeen. Aber auch an dieser Stelle bleibt das Programm eher im ungefähren, da nicht deutlich wird, ob dies die im Iraq durch die USA eingesetzten Firmen meint oder auf die rechtsfreien Räumen beispielsweise in Afrika oder den kaukasischen Regionen abzielt. Zudem fehlt eine klare Aussage, wie mit den dadurch entstehenden *failed states* umzugehen ist, da Aussagen wie „Ein Schutz schwacher Staaten muss volkerrechtlich abgesichert sein.“²¹ gerade das Gegenteil der zwischenzeitlich anerkannten Interventionspraxis und der internationalen Verantwortungsgemeinschaft suggerieren.

Etwas konkreter wird – hier auch in Verbindung mit den Aussagen zur Europawahl – die **europapolitische Programmatik** der Partei. Institutionell steht die Partei zum *Vertrag von Lissabon* und dem Ausbau der Rechte des *Europäischen Parlaments*. Ziel bleibt für die SPD eine Verfassung, in der die Bürgerrechte deutlich niedergeschrieben sind. Dies schliesst auch die Grundrechtecharta sowie die Fragen des Verbraucherschutzes mit ein. Damit hat die Partei inhaltlich nichts neues entwickelt. Institutionell ist dies nachvollziehbar, jedoch in den Fragen der gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik wird wie im nationalen Kontext auch hier die Ideenlosigkeit der Partei des Aussenministers deutlich.

Fazit: Das Wahlprogramm der SPD enthält keine Neuerungen, sondern ist vor allem eine Rechtfertigung der schröderschen Politik.

²¹ SPD 2009, S. 90



FDP: Back to the Basics

Die FDP zehrt in der internationalen Politik bis heute von dem Image, welches sie von den Aussenministern Walter Scheel, Hans-Dietrich Genscher und Klaus Kinkel ableitet. Die Ersteren spielen als Ehrenvorsitzenden in der Partei immer noch eine Rolle und stellen für den Parteivorsitzende eine zentrale machtstrategische Rolle dar. So war es Genscher, der auch im Namen von Walter Scheel, Westerwelle 2009 auf dem Parteitag in Hannover zur Wiederwahl als Parteivorsitzenden vorgeschlagen hatte.

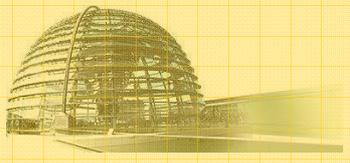


Nachdem sich bei der Bundestagswahl 2002 ein scharfer Konflikt um die Nahost-Politik abzeichnete, wurde nach der formellen Bereinigung der Causa Möllemann die Aussenpolitik wieder deutlich weniger zum Thema für die Partei. Westerwelle reiste zwar einige Male in wichtige Länder wie Russland, China und Indien. Er blieb jedoch ein Innenpolitiker, der sich der finanziellen Entlastung der Bürger bei Steuer- und Sozialabgaben und der Neuordnung der Staatsausgaben widmete. In der Parteiführung war auch kein anderer Politiker vertreten, der sich in internationalen Fragen profilieren konnte, so dass die Partei mit diesem Thema nicht mehr wirklich verbunden wird.

Die personelle Situation sieht auch bei der FDP daher eher düster aus. Der Abgang von Klaus Kinkel und in seinem Gefolge des langjährigen aussenpolitischen Sprechers Ulrich Irmer hat gezeigt, dass damit auch die programmatisch begründete Aussenpolitik bei der FDP verloren gegangen ist. Zwar ist mit Werner Hoyer und Markus Löning aussen- und europapolitisch programmatisch versierte Politiker in der Bundestagsfraktion vertreten.²² Da jedoch in den tiefer orientierten Fachbereich nahezu komplette Novizen oder *ad hoc*-Vertreter ohne strategische Vorstellung von internationaler Politik agieren, bleibt die liberale Aussenpolitik konturlos und insgesamt auch wenig versiert. Die Bundestagsfraktion hat während der vergangenen Legislaturperiode kaum Initiative auf dem Feld der internationalen Politik gezeigt. Sie fiel lediglich dadurch auf, dass sie den Marine-Einsatz vor dem Libanon ablehnte.

Das Wahlprogramm stellt sich selbst in die Kontinuität einer Aussenpolitik, die über mehrere Jahrzehnte von Aussenministern der FDP geprägt wurde. In gewisser Weise unterstreicht die Partei damit auch ihren Anspruch, in einer künftigen Koalition – nach eigenem Willen eine bürgerliche Koalition – den Aussenminister zu stellen. Aus dieser Analyse heraus stellt die Partei in ihren aussenpolitischen Forderungen auch keine Neuigkeiten auf – schliesslich hat sie bereits die Verantwortung für die vielen Teilaspekte bundesdeutscher Aussenpolitik getragen und die Grundlage für die aktuelle internationale Einbettung geschaffen. Die Partei hat auch die wichtigsten Entscheidungen der letzten

²² Markus Löning wird mit dem Ende der Wahlperiode aus dem Bundestag ausscheiden. In einer Kampfabstimmung in Berlin verlor er gegen den Berliner Fraktionsvorsitzenden Lindner die Spitzenkandidatur und konnte keinen aussichtsreichen Listenplatz sichern.^{ja}



beiden Koalitionen wie den Afghanistan-Einsatz oder die Nahost-Politik ausdrücklich mitgetragen. Die FDP kann sich so bereits um die eigene Glaubwürdigkeit nicht von der aktuellen Regierung absetzen.

Die FDP ist die einzige Partei jedoch, die klar die Aussenpolitik als Interessenpolitik definiert („wertgeleitete und zugleich interessenorientierte Aussenpolitik“²³). Mit dieser Beurteilung setzt sich die FDP klar vom bisherigen Sprachgebrauch ab. Danach hatte deutsche Aussenpolitik keine Interessen verfolgt, sondern war ausschliesslich „wertorientiert“ und hat die Partner wie Gegner irritiert. Eine Rückkehr der FDP in das Auswärtige Amt würde damit auch verdeutlichen, dass sich im Sprachgebrauch der Aussenpolitik ein Wandel vollzieht und Interessen deutlicher akzentuiert werden.

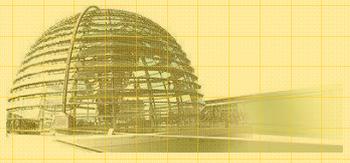
Im Gegensatz zur amtierenden Führung des Bundesentwicklungshilfeministeriums hat die FDP bereits im Laufe der Legislaturperiode deutlich gemacht, dass sie die Entwicklungshilfe mit einer neuen Zielausrichtung versehen will. Neben der Eingliederung des BMZ in das Auswärtige Amt beinhaltet dies auch eine inhaltliche Neustrukturierung. Hierbei hat sie vor allem die BRIC-Staaten im Blick, die seit 2000 in erheblichem Mass an ökonomischer Leistungsfähigkeit gewonnen und wie China auch bereits Geber von Entwicklungshilfe sind. Dabei spielt auch eine Rolle, dass China wie Indien in immer stärkerem Masse die Entschuldungspolitik der OECD-Staaten unterminieren und unkonditionierte Gelder vergeben.²⁴ Mit diesen Ländern sollen Partnerschaften eingegangen werden, die in verschiedenen Themenspektren mehr auf den Austausch als auf die Finanzierung von Projekten abzielen. Die Mittel, die dadurch frei werden, sollen in die „Fokussierung der Entwicklungszusammenarbeit mit den schwächsten und ärmsten Ländern“²⁵ umgeleitet werden. Obwohl der Bezug auf Partnerschaften lediglich auf die Schwellenländer etwas irritierend ist, verfolgt die Partei an dieser Stelle eine Linie, die sich bereits während der Legislaturperiode gezeigt hat. Ziel sind jedoch nicht dauerhaft abhängige Länder, sondern quasi eine „Anschubfinanzierung“, denen eine selbsttragende Wirtschaftsentwicklung folgt. Wie in Deutschland sieht die Partei hier eine quasi mittelständische Entwicklung vorgezeichnet. Wie die gesamte deutsche Politik hat die Partei jedoch bislang keine Antwort auf die Herausforderung gefunden, dass China und zunehmend auch Indien in die Rohstoffmärkte drängen und dabei besonders in Afrika die durch die Entschuldungsinitiative 1999 genutzten Freiräume für die Länder wieder einengen.

Inhaltlich orientieren sich die Liberalen in der Entwicklungspolitik an den Vorgaben, die sie bereits in den 1990er Jahre gemeinsam mit der Union erarbeitet haben und auf die

²³ Die Mitte stärken . Deutschlandprogramm der Freien Demokratischen Partei, Beschluss des 60. Bundesparteitages 15.-17.5.2009, S. 66.

²⁴ vgl. Torsten Matzak, China in Afrika . Symbiose von afrikanischen und chinesischen Interessen? (<http://www.torsten-matzak.de/papers/chinainafrika.pdf>).

²⁵ FDP 2009, S. 74.



auch die folgenden Regierungen aufgebaut haben.²⁶ Die Konditionierung bildete in der Entwicklungszusammenarbeit auch weiterhin das zentrale Kriterium, mit der sich die Gewährung von Unterstützungsleistungen begründen lassen. Im Gegensatz zur Allthemen-Politik legt die Partei aber Schwerpunkte und will sich auf den Aufbau einer selbsttragenden Wirtschaftsentwicklung und der Bekämpfung von HIV/AIDS konzentrieren.

Die etwas globaleren Ziele der allgemeinen Aussenpolitik sind hingegen rasch beschrieben: ein „weiter so“ mit den althergebrachten Grundsätzen. Hier jedoch fehlt es an klaren Vorgaben, wie das internationale Organisations- und Sicherheitssystem weiter entwickelt werden soll. Gleichzeitig beschränkt sich die FDP auf die klassischen Formen der Aussenpolitik ohne die Erkenntnis, dass Aussenpolitik im 21. Jahrhundert zersplitterter und komplexer ist. Fragen der Energieaussenpolitik, der Rohstoffsicherung, der internationalen Handelsbeziehungen oder ganz einfach der Ausgestaltung der eigentlich anerkannten Interessenorientierung fehlen deshalb auch. Lediglich in dem etwas ausgelagerten Teil der Umwelt- und Klimapolitik reagiert die Partei und setzt die hier definierten Entwicklungsziele als zentrale Funktion in der Aussenpolitik ein.

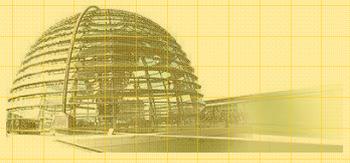
Als einzigste Partei greift die FDP auch die organisatorischen Verflechtungen in der Aussenpolitik auf. Dem Ziel einer kohärenten Politik ist die Eingliederung des BMZ in das Auswärtige Amt geschuldet. Zu stark hatte das BMZ – deren erster Minister der frühere FDP-Vorsitzende Walter Scheel war – eine Schatten-Aussenpolitik betrieben, die sich den Zielen einer interessen geleiteten Aussenpolitik nicht unterordnete. Hinzu kommt eine klare Abgrenzung zur EU-Politik: zwar will die Partei einerseits den EU-Aussenkommissar²⁷, setzt sich jedoch gleichzeitig für eine stärker koordinierende als agierende Rolle der EU in Aussen- und Entwicklungsfragen ein.²⁸ Dieser scheinbare Widerspruch wird letztlich dadurch aufgelöst, dass die Nationalstaaten weiterhin die dominierende Rolle spielen und auch die FDP im Rahmen der Subsidiarität keinen überbordenden EU-Staat will

Fazit: Die Partei hat ein Programm vorgelegt, welches eher die Pflicht als die Kür ist. Neue Ansätze sind Mangelware und wo sie vorhanden sind fehlt es an ihrer inhaltlichen Ausgestaltung.

²⁶ FDP-Wahlprogramm 2009, S. 75.

²⁷ FDP Europawahlprogramm 2009, S. 16.

²⁸ FDP-Wahlprogramm 2009, S. 75.



Bündnis '90 / Die Grünen: Back to the roots

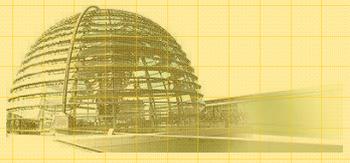
Nach dem Verlust der Regierungsbeteiligung 2005 hatten die Grünen durch den Verlust von Joseph Fischer, der aus dem Parlament und dem politischen Betrieb ausschied, nicht nur ihren unbestrittenen Vormann verloren. Gleichzeitig war auch die Person ausgeschieden, die noch am ehesten in der Lage war, die ausserpolitischen Realitäten der Parteibasis zu vermitteln. Als es 1998/99 darum ging, den Kosovo-Krieg zu legitimieren, hatte dies die Partei fast zerrissen und nur der grossen Integrationsleistung des „heimlichen Vorsitzenden“ ist es geschuldet gewesen, dass die rot-grüne Koalition nicht schon wenige Monate nach ihrem Zustandekommen wieder zerbrach. Ähnlich war es 2001 mit dem deutschen Einsatz im Afghanistan-Krieg.

In ihrem Kern blieben die Grünen jedoch einer realpolitischen Orientierung der Aussen-, Europa- und Sicherheitspolitik fern. In vielen Einzelbeschlüssen hatte die Partei gezeigt, dass sie dem Kurs von Joseph Fischer und der Bundestagsfraktion ausserpolitisch fremd gegenüber steht und eine andere Politikausrichtung wünscht. Dies lässt sich ablesen an der Afghanistan-Politik, bei der im September 2007 ein grüner Sonderparteitag die Fortsetzung der Bundeswehr-Mission ablehnte.²⁹ Die Ablösung von der Bundesregierung befreite die Partei ein Stück weit von dem Spagat, den sie zwischen 1998 und 2005 vollführen musste. Gerade die kontroversen Themen der Sicherheitspolitik und des Verhältnisses zu den USA zeigten, dass die grüne Basis den Regierungskurs der vergangenen sieben Jahre innerlich abgelehnt und oberflächlich nur geduldet hatte. Dies wurde auch in den beiden Programmschriften von 2009 deutlich.

Der Abgang von Joseph Fischer hat die ausserpolitische Elite der Grünen jedoch insgesamt ausgezerrt. Fischer, obwohl bis 1998 bis ausserpolitischen Fragestellungen eher am Rande befasst, war nach 1998 zu einem durchaus fähigen Aussenminister herangewachsen und liess sich in wesentlichen Fragen auf seine eigene Administration ein. Nur so war es ihm möglich, europapolitisch und international wie auf dem Balkan oder in Nahost Akzente zu setzen. Die schrödersche Konfrontationspolitik von 2002 ist schliesslich ohne seine Zutun erfolgt und Fischer setzte sie nur noch um. Dies auch deshalb, weil Schröder damit den Nerv der grünen Basis traf und Fischer nach dem Balkan-Krieg nur schwer eine neuerliche Konfrontation ohne dem Risiko des Auseinanderbrechens seiner Partei hätte riskieren können. Nachdem jedoch sowohl er, Kerstin Müller wie Ludger Vollmer aus der Politik ausgeschieden sind – Kerstin Müller gehört noch dem Bundestag an, hat aber keine führende Rolle mehr –, wurde die Decke der grünen Aussenpolitiker eng. Zwar war Claudia Roth eine engagierte Menschenrechtspolitikerin, in den Gesamtfragen der Aussenpolitik jedoch weitgehend



²⁹ Abgelehnt wurde vor allem der Tornado-Einsatz der Bundeswehr im Süden des Landes. Da sich dieser jedoch nicht treffen liess vom ISAF-Einsatz im Norden, lehnte der Parteitag das Afghanistan-Mandat – gegen den Willen der Parteiführung – komplett ab.
vgl. Grünen-Basis verpasst Parteispitze Denkwort, Süddeutsche Zeitung 17.9.2007



unbewandert. Uschi Eid, die sieben Jahre Staatssekretärin im Entwicklungsministerium war, hatte sich ebenfalls aus der aktiven Politik zurück gezogen und wird mit dem Ende der Legislaturperiode aus dem Bundestag ausscheiden. Jürgen Trittin wiederum ist ein Anfänger auf dem Feld der internationalen Politik und hier machen die Grünen deutlich, welche Rolle sie diesem Feld zuordnen: eine eher geringe. Der ehemalige Bundesumweltminister und Galionsfigur der Parteilinken musste abgefunden werden, ohne jungen Nachwuchskräften den Weg zu verbauen.

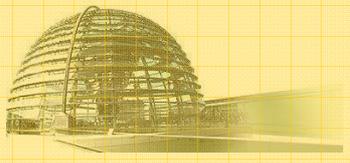
Die zentrale Entscheidung auf dem internationalen Feld für die Grünen war in der vergangenen Legislaturperiode zweifellos die Fortsetzung des Afghanistan-Einsatzes. Mit einem Sonderparteitag im September 2007 waren die Grünen die einzige Partei, die dieses Thema sachlich-inhaltlich diskutierten und schliesslich zu der Überzeugung kamen, um Zweifel alle Einsätze zu beenden. Ausschlaggebend war hier die *Operation Enduring Freedom*, die nach Sicht der Partei „ein permanenter Krieg“³⁰ sei. Da die Bundesregierung die Einsatzgenehmigungen nicht trennen wollte, wurde die ansich begrüßte ISAF-Mission³¹ ebenso einer Ablehnung zugeführt. Gerade diese Entscheidung zeigte, dass der Partei zwischenzeitlich die realpolitisch orientierten Aussenpolitiker abhanden gekommen sind. Joseph Fischer, so er noch Fraktionsmitglied gewesen wäre, hätte sich diese grundlegende von ihm zu vertretende Entscheidung nicht mitgetragen und mit aller Macht dagegen geworfen. Hier zeigten sich wieder die eher fundamentalistisch gewachsenen Kreise in der Partei, die durchaus auch in den linken Kreisen der SPD und der Linkspartei zu finden sind.

Die Grünen haben sich in ihrer Wahlprogrammatik jedoch von ihrer früheren Fundamentalkritik am internationalen agieren gelöst. Hier hat die Regierungsbeteiligung 1998-2005 scheinbar zu einem reinigenden Gewitter beigetragen und es ist viel alter Ballast abgeworfen worden. So ist die Auflösung der Nato oder die Fundamentalopposition gegen die EU nicht mehr in Partei opportun. Dennoch dürfte es sich bei der Aussenpolitik um das Politikfeld handeln, wo noch am stärksten linksorientierte Inhalte vertreten werden. Im Mittelpunkt der Programmatik stehen die Ressourcenkonflikte und der gerechte Zugang, der Kampf um ökologische Zielsetzungen und die sozialen Konflikte. In allen Punkten fällt jedoch auf, dass die Grünen ein eurozentristisch-negativistisches Weltbild nachzeichnen, die die Rolle der Entwicklungsländer eher passiv sieht und ihnen damit einen eigenen Handlungsrahmen abspricht.

Das Wahlprogramm steht unter der Motto eines neuen Gesellschaftsvertrages, der sich auch in dem aussenpolitischen Teil bemerkbar macht. Es fällt besonders auf, dass der

³⁰ Militärische Eskalation ist keine Lösung – Mit politischen Mitteln und zivilem Aufbau den Frieden in Afghanistan gewinnen!, Beschluss der Ao. Bundesdelegiertenkonferenz 15.9.2007, S. 2 (http://www.gruene-partei.de/cms/default/dokbin/197/197532.militaerische_eskalation_ist_keine_loesu.pdf).

³¹ Fritz Kuhn, Zivil verantwortlich europäisch und verlässlich . Die Außen- und Sicherheitspolitik von Bündnis 90 / Die Grünen, ZFAS 2 (2009), S. 315-325 (319).



Programmteil nicht nur umfangreicher, sondern auch über die klassische Aussenpolitik weit hinausgeht – ein Alleinstellungsmerkmal, welches in dieser Form keine andere Parlamentspartei entwickelt hat. Im Mittelpunkt steht denn auch die Armutsbekämpfung, aus der heraus für die Grünen Sicherheit geschaffen wird.³² Die Partei setzt an dieser Stelle den deutlich veränderten Sicherheitsbegriff in die praktische Politik um: nicht mehr die militärische Stärke allein garantiert die physische Sicherheit von Staaten, sondern nur die Kombination aus militärischer Stärke und ökonomischer Entwicklungsfähigkeit. Hinzu kommt in diesem Konzept die Nachhaltigkeit des Wirtschaftens, um so Ressourcen und Natur so weit als möglich zu schonen. Über die Art und Weise kann man sich streiten. Dass die Grünen so jedoch einen programmatischen Vorteil haben, ist unbestritten.

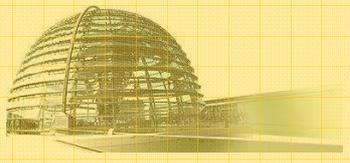
Das Dreieck der internationalen Programmatik wird ergänzt durch die Klimaschutzpolitik und den Menschenrechtsschutz. Das Militär spielt in diesem Zusammenhang eine Hilfsfunktion, die jedoch die zivilen Massnahmen der Friedenssicherung nicht ersetzen kann und die sogar Vorrang vor dem Einsatz von militärischen Zwangsmassnahmen haben.³³ Damit erkennen die Grünen zwar die Notwendigkeit des Militärs als Faktor der Sicherheitspolitik inhaltlich an. Sie sprechen ihnen jedoch gleichzeitig die Fähigkeit ab, ein eigenständiger Akteur innerhalb eines Kanons von Akteuren zu sein.

Im Mittelpunkt grüner Friedenspolitik stehen präventive Massnahmen der Politikgestaltung. Mit Hilfe eines sogenannten Aktionsplanes „Zivile Krisenprävention“, der die Entsendung von zivilen Fachkräften beinhalten soll, will die Partei vorbeugend wirken. Hier jedoch überschätzt sie ihre eigenen Mittel und die realen Gegebenheiten vollständig. Die Krisen und Kriege in den Entwicklungsregionen haben alle gezeigt, dass sich Konflikte nach und nach aufbauen und die führenden Kräfte auf eben solche „Fachkräfte“ keine Rücksicht nehmen. Sie sind für sie schlicht uninteressant, da ihr eigener Profit in materiellen und machtpolitischen Dimensionen wichtiger ist. Die Grünen sind von dem Verständnis geprägt, dass nicht die Politik an einem solchen Eskalationspunkt der handelnde Akteur mit dem drohenden Militär im Hinterrund sein kann, sondern positiv gesinnte Kräfte vor Ort. Hier machen sie auch nicht deutlich, warum ein solches Konzept nicht bereits 1998-2005 verfolgt wurde.

Mit der klaren Bindung von internationalen Militäreinsätzen an die UN-Mandatierung kombinieren die Parteipolitiker zudem die Fehlkalkulation mit einer Schwäche des UN-Systems. Die dortigen Veto-Mächte haben gezeigt, dass sie im Zweifel auf die eigenen Machtinteressen bestehen. Der Kosovo ist an dieser Stelle nur ein Fall, im Grundsatz auch der Iraq-Einsatz. Mit einem Russland, was sich wieder selbst als Supermacht im Gegensatz zu den westlichen Staaten sieht und im inneren autoritär regiert wird, werden die zielführenden Ansätze aus der Zeit von 1990-99 immer schwieriger zu verwirklichen. Im Zweifel werden so die Ideale, die eigentlich Bestandteil des grünen Wahlprogramms

³² Wahlprogramm Grüne 2009, S. 202.

³³ Wahlprogramm Grüne 2009, S. 212.



zugunsten einer legalistischen Auslegung über Bord geworfen. Zwar stehen die Grünen für eine Abschaffung des Veto-Rechtes.³⁴ Den Übergangszeitraum haben sie jedoch nicht programmatisch ausgestaltet und kommen so früher oder später in eine Glaubwürdigkeitsfalle: Legalität oder Menschenrechte.

Einen zentralen Punkt nimmt an dieser Stelle auch die Abrüstungspolitik ein. Der Rekurs auf U.S.-Präsident Obama und seine *Prager Rede* zeigen jedoch³⁵, dass auch die deutsche Politik nicht ganz eigenständig – selbst im europäischen Kontext – handeln kann. Gerade hier zeigt sich jedoch auch, dass die Grünen ihre eigene Regierungstätigkeit eigentlich verleugnen müssten: die Geislung des Rüstungsetats und die Höhe der Rüstungsexporte sind kein Produkt der *Grossen Koalition*, sondern wurden in der rot-grünen Koalition unbekümmert fortgeführt. Die Konsequenz, alles dem schlechten Verhältnis zu den USA zuzuweisen, ist ein Produkt eigener Unzulänglichkeit und des Verkennens, dass viele Positionen der *Bush Doctrine* Bestandteil eben jener grünen Programmatik der Friedensidee ist.

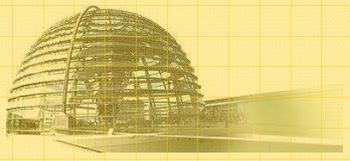
Während noch vor 15 Jahren die Globalisierung der Märkte und der Politik für die Grünen ein Schreckgespenst waren, haben sie in der Regierungsverantwortung 1998-2005 gelernt, sie gestalten zu wollen. Allerdings mit einem eher eurozentristischen Blick, da für „eine bessere Weg ... ein geeintes Europa grundlegend“³⁶ bleibt. Die so bezeichnete Idee Europas genießt aus dieser Perspektive eine weltumspannende Gültigkeit – eine Vorstellung, die in Ansätzen durchaus in den Entwicklungsregionen geteilt wird, deren politische Umsetzung jedoch weit entfernt und in vielen Teilen auch nicht wirklich gewollt ist. Die grüne Sicht ist die Globalisierung jedoch nur dann ein Erfolgsfaktor, wenn dabei die Armutsbekämpfung und der Klimaschutz – zumindest aus dem grünen Blickwinkel – verwirklicht – wird. Allerdings kommt das Programm in diesem Bereich über Allgemeinplätze nicht hinaus. Der Aufbau von Sozial- und Steuersystemen ist zwar ein richtiger Ansatz, es fehlt jedoch die Form der Ausgestaltung. Zudem besitzt der Erhalt der einheimischen Kultur in den Ländern, die schliesslich auch Familienstrukturen und Lebenswirklichkeiten umfassen, scheinbar keine Rolle. Am deutlichsten werden die Grünen im organisatorischen: Erhalt des Entwicklungshilfeministeriums und Zusammenlegung der (staatlichen) Durchführungsorganisationen.

Für die Grünen ist **Europa** eine globale Friedensmacht, die die Pflicht zur Einmischung und die Pflicht der Vorbildfunktion erfüllt. Mit dem Europawahlprogramm WUMS waren bereits zu Beginn des Jahres die Grundzüge in diesem Feld festgelegt. Hier konzentrieren sich die Grünen auf die Frage der Nachbarschaftsbeziehungen und der Erweiterung. Zwar bekennen sich die Grünen zur Entscheidung ihrer Regierung, der Türkei eine Beitrittsperspektive zu eröffnen. Für eine Aufnahme müssen jedoch die *Kopenhagener*

³⁴ Wahlprogramm Grüne 2009, S. 210.

³⁵ Wahlprogramm Grüne 2009, S. 218.

³⁶ Wahlprogramm Grüne 2009, S. 203.



Kriterien erfüllt sein, auf deren Weg hin die EU den Beitrittsstaaten zu unterstützen habe.³⁷ Die Partei setzt so bewusst keine Grenzen der Erweiterung, die sich aus den geographischen Grenzen Europas natürlicherweise ergeben würden. Insbesondere für die Ukraine und die Kaukasus-Staaten wird so eine Perspektive aufgezeigt, die ihnen die Entwicklung ihrer eigenen Länder hin zu einem europäischen Rechtsstandard erleichtert. Gerade im Fall der Türkei wird in den Wahlaussagen deutlich, dass es auch für Europa darum geht, die Chancen aus der Erweiterung zu nutzen. Der türkische Beitritt wird ganz klar mit der Brückenfunktion in den Nahen Osten und Zentralasien verbunden³⁸, beim Beitritt der osteuropäischen und kaukasischen Länder dürften die Grünen die Ziele einer Energieaussenpolitik antizipiert haben. Dies gilt auch unter der Berücksichtigung einer Stärkung der erneuerbaren Energie, die auch im internationalen Umfeld eine zentrale Rolle für die Grünen spielt.³⁹

Den einzigen regionalpolitischen Ansatz machen die Grünen im Wahlprogramm in **Afghanistan**. Inhaltlich wird hier keine neue Position vertreten. Nur wird noch einmal klar, dass auch das ISAF-Mandat und damit der gesamte operative Einsatz der Bundeswehr in dem Land am Hindukusch nur bedingt verlängert werden. Voraussetzung ist für die Partei einerseits eine klare Politisierung des Mandats mit der Definition von (zivilen) Zielen und eine Zivilisierung der Massnahmen.⁴⁰ Inhaltlich werden die Beschlüsse von 2007 so bekräftigt, allerdings – und hier nähern sich die Grünen wieder den extremen Linken – fehlt ihnen ein Konzept für ein „Afghanistan ohne Militär“. Obwohl sie es nicht so ausdrücken, sind sie im Zweifel aus militärpolitischen Reflexen bereit, das Land in die Zeit von vor 2001 zurückfallen zu lassen.

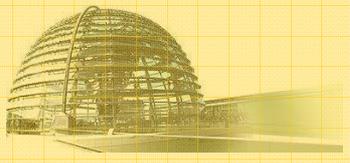
Was ist insgesamt von dem „neuen Gesellschaftsvertrag“ in der Aussenpolitik zu erwarten? Die Grünen sind in der realen Aussenpolitik angekommen, wenn sie auch noch einige Einsprengsel einer fundamentalistisch orientierten internationalen Vorstellung haben. Sie akzeptieren Nato und EU, wenn sie dem Militärbündnis auch eine inhaltlich neue Ausrichtung geben wollen. Die Forderungen der Grünen sind nicht neu und obwohl sie in der rot-grünen Regierungsperiode die Aussenpolitik über ihren Aussenminister massgeblich geprägt haben, sind diese Zielsetzungen nicht in die Realität umgesetzt worden. Daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern, so dass das Wahlprogramm eher ein Programm für eigenen Mitglieder als für eine reale Umsetzung ist. Zentral allerdings ist, dass sich die ehemals aus den fundamental-pazifistischen Gruppierungen entwickelte Partei sich klar zu einem internationalen Engagement bekennt, dass sowohl zivile wie militärische Komponente enthält. Hier setzt die Partei aber durchaus die richtige Gewichtung: zivil vor militärisch.

³⁷ WUMS, S. 149 f..

³⁸ WUMS, S. 150.

³⁹ WUMS, S. 41; Wahlprogramm Grüne 2009, S. 75.

⁴⁰ Wahlprogramm Grüne 2009, S. 216.



Fazit: Die Grünen haben das klarste aussenpolitische Konzept vorgelegt. Zu allen zentralen Themenfeldern versuchen sie, eine Antwort zu finden und sind dabei durch die Regierungsbeteiligung 1998-2005 geprägt. Dabei kommen jedoch immer wieder auch die alten Richtungskämpfe durch, die die Partei hervorgebracht hatte.

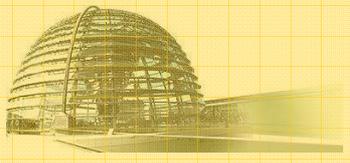
Linkspartei: Zurück in die Vergangenheit

Die Linkspartei ist die einzige Partei im Bundestag, die auf Bundesebene noch keine Regierungsverantwortung inne hatte – in der Bundesrepublik. Die Forderungen, der 2005 aus der SED-Nachfolgerin PDS und der WASG hervorgegangenen Partei sind entsprechend radikal geblieben. Während die Regierungsverantwortungen in Mecklenburg-Vorpommern (1998-2006) und Berlin (seit 2002) in den innenpolitischen Fragen von der Realität der exekutiven Agierens eingeholt wurden, fehlt diese Erfahrung in der internationalen Politik. Die Partei konnte sich deshalb von Anbeginn aus den linksideologischen Ideen gespeichert, die geprägt sind durch einen strikten Antiamerikanismus, die Ablehnung jeder militärischen Aktion und die Weiterentwicklung der internationalen Gesellschaft zu einer links orientierten sozialistischen Weltgesellschaft. Die nationale Wirtschaftspolitik wird eins zu eins auf die internationale Gemeinschaft übertragen, so dass die Aussagen zur nationalen Wirtschaft für die Positionierung auf internationaler Ebene gleichbedeutend sind.



Personell wird die Aussenpolitik der Linkspartei durch Wolfgang Gehrcke und Norman Paech geprägt. Gehrckes politische Sozialisation fand in der DKP statt. Nach verschiedenen Stationen in Partei und Fraktion wurde er 2002 aussenpolitischer Sprecher der PDS und ist seit 2005 Obmann im Auswärtigen Ausschuss. Ausserhalb der politischen Positionsbestimmung besitzt er keine fachliche Expertise auf dem Feld der internationalen Zusammenarbeit. Paechs politische Sozialisation fand in der SPD statt, der er bis 2001 angehörte. Er ist Jurist und hat sich neben der juristischen Lehrtätigkeit an der Universität Hamburg mit entwicklungspolitischen Fragen unter anderem *Deutsches Institut für Entwicklungspolitik* sowie im BMZ befasst. Während Gehrcke stärker die allgemeine Aussenpolitik im Blick hat, liegt die besondere Aufmerksamkeit Paechs auf der Nahostpolitik.

Wie bereits auf nationalstaatlicher Ebene hat die Linkspartei sowohl für die Europa- wie die Bundestagswahl ein fundamentaloppositionistisches Programm präsentiert, welches die Aussenpolitik der Bundesrepublik komplett neu ausrichten würde. Die Aussenpolitik der Bundesrepublik wird dabei indirekt imperialistisch gesehen, da sie zwar nicht mehr auf reale Landgewinne, jedoch über die Handels- und Energiepolitik faktische Potentiale



auszuschöpfen versuche. Die Armut wird durch die Linkspartei als absolut, nicht als relativ betrachtet und damit geht die Partei ein Stück weit weg von dem Konsens, dass Armut nicht mehr nur mit dem westlichen Blickwinkel betrachtet werden kann.

In ihrer Einleitung macht die Linke deutlich, dass sie für die globalen Probleme – Frieden und Sicherheit, Armut und fehlende Gesundheitseinrichtungen – allein die westliche Welt verantwortlich macht.⁴¹ Damit sieht sie die die Entwicklungsländer ausschliesslich als Empfänger, nicht als eigenständige Akteure in der internationalen Politik. Sie relativiert damit eine Entwicklung, die diese Länder unter Stichworten wie beispielsweise *african ownership* oder *asian values* seit 1990 initiiert und auch gelebt haben. Die Partei verkennt bereits an dieser Stelle aus ideologischen Gründen und vor allem vor dem Hintergrund der programmatischen Befriedigung ihrer eigenen Klientel enthalten.

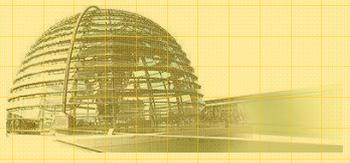
Den eigentlichen globaleren aussenpolitischen Teil beginnt die Partei mit einem Zitat von Rosa Luxemburg aus der Vorkriegszeit 1913. Bereits hier macht sie deutlich, dass es eine scheinbare Kontinuität gebe, die die damalige europäische Kriegsstimmung bis zum heutigen Tage fortschreibt. Dabei missachtet die Linkspartei ganz bewusst, dass es sowohl für das Kosovo wie für Afghanistan eine internationalen Rahmen auf der Basis der UN gibt, da sie beide Einsätze der Bundeswehr in die militaristische Ecke und als rechtswidrig darstellt.

Das Programm weist an dieser Stelle noch mehrere andere Inkonsequenzen auf. So will die Partei einerseits die Erweiterung der Nato verhindern, sie jedoch gleichzeitig durch ein neu zu gegründetes Bündnis mit Russland ersetzen. Dabei übersieht die Partei bereits, dass es in Russland selbst gravierende Probleme mit demokratischen und rechtsstaatlichen Strukturen gibt, die eine Integration in die Nato, die sich auch als Wertegemeinschaft sieht, verhindern. Die „östlichen Partnerschaften mit den Staaten aus der früheren Sowjetunion“⁴² setzt die Partei unter den Vorbehalt der Zustimmung Russlands und spricht den Staaten damit das Recht ab, eine von Russland unabhängige Entwicklung zu nehmen. Dabei kommt bereits im Duktus („Sowjetunion“) zum Ausdruck, dass die Linkspartei in einer zwanzigjährigen Vergangenheit gefangen ist. Einerseits spricht sie der deutschen und europäischen Politik eine imperialistische Komponente zu, akzeptiert aber gleichzeitig den imperialistischen Impetus, der dem Konzept des „nahen Auslands“ der Moskauer Aussenpolitik zu Grunde liegt. Forderungen zu Abrüstung und Deeskalation richten sich demnach auch ausschliesslich an dem westlichen Bündnis, so dass die Politik Russlands beispielsweise im Kaukasus aus nachvollziehbaren Gründen keine Erwähnung findet.

Ein ähnlich widersprüchliches Bild gibt das europapolitische Leitbild wieder: Zwar will die Linkspartei eine EU als „unverzichtbares politisches Handlungsfeld für die Sicherung des

⁴¹ Linkspartei, *Konsequent sozial . Für Demokratie und Frieden*, S.49/50.

⁴² Linkspartei *Wahlprogramm 2009*, S. 54.



Friedens in Europa".⁴³ Gleichzeitig beschränkt sie diese europäische Union bislang auf eine ledigliche Wirtschaftsgemeinschaft, die ohne Wertefundierung agiert. Wie bereits die nationalen Haushalte sieht die Partei die EU als Gelddruckmaschine, die nicht auf ihre ökonomischen Ressourcen achten muss. Vielmehr sollen durch grossangelegte Sozialprogramme eine Nivellierung erfolgen und damit faktische Leistungsanreize verschwinden. Einer unabhängigen Geldpolitik begegnet die Linkspartei durch die Aufhebung der Unabhängigkeit der EZB, die damit der Politik gefügig gemacht werden soll.

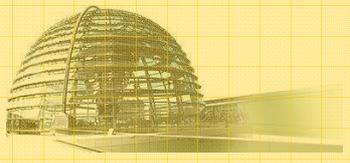
Fazit: Das Wahlprogramm der Linkspartei zeichnet sich durch eine absolute negative Sichtweise der derzeitigen Politik aus. Die Verantwortung der Probleme in der Welt liegen nicht bei den Akteuren der Politik in allen Ländern, sondern bei den europäischen und deutschen Akteuren – die USA selbst kommen hier nicht einmal in negativer Sichtweise vor. Dies mag nicht der innerliche Wille sein, jedoch kommt mit dieser Programmatik eine Vorstellung von der Welt zu Tage, die eher dem Kolonialismus entspricht und davon ausgeht, dass westliche (sozialistische) Konzepte die Probleme der Welt verändern. Zudem fehlt es der Partei an dem Verständnis, dass Aussenpolitik nicht eindimensional, sondern multidimensional und multifunktional ist.

Fazit für die neue Regierung

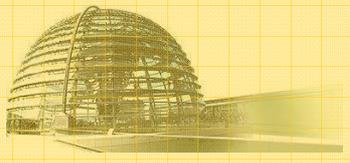
Die Aussenpolitik der neuen Bundesregierung wird sich nur wenig von der der jetzigen unterscheiden. Zu wenig ausgeprägt ist das Verständnis, dass manchmal schnelle Entscheidungen erforderlich sind, als dass sie sich auf neue Themenfelder vorwagen würden. Die Parteien scheuen sich so bislang, die Interessen der Bundesrepublik zu benennen und auch Konflikte auszutragen. Nicht aus den Wahlprogrammen, sondern aus dem praktischen Handeln in den vergangenen vier Jahren wird deutlich, dass es grundlegende Divergenzen in der internationalen Politik gibt. Eine Ausnahme bildet hier die Linkspartei. Die Grünen haben zwar in der Aussenpolitik eine etwas strenge Sichtweise was den Abzug der deutschen Truppen betrifft. Die Regierungsbeteiligung der Partei 1998-2005 hat jedoch gezeigt, dass einmal in der Regierungsverantwortung sich auch hier eine realistische Sichtweise durchsetzt. Vielmehr ist bedenklich, dass in der Diskussion unmittelbar vor den Wahlen eine Abzugsdebatte stattfindet, die sich mehr am innenpolitischen Wahlerfolg als an den Erfordernissen orientiert.

Unabhängig vom Ausgang der Wahlen und der Koalitionsverhandlungen stehen zentrale Probleme auf der Agenda der künftigen Bundesregierung.

⁴³ Linkspartei Wahlprogramm 2009, S. 55.



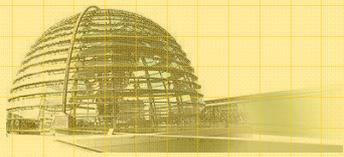
- **Afghanistan und Iraq:** Beide Konflikte können auch in Zukunft nur im Zusammenhang gesehen werden, wenn es auch deutliche Unterschiede in ihrer internationalen Berücksichtigung geben wird.
 - *Afghanistan:* Deutschland steht mit einem eigenen Truppenkontingent in dem Land und wurde in den Jahren der Grossen Koalition durch die Anschläge auf die Bundeswehr auch höchstselbst an diesen Einsatz erinnert. Nicht die Nennung eines Abzugsdatums ist die Notwendigkeit, die die nächste Bundesregierung angehen muss. Vielmehr müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, damit die Bundeswehr abziehen kann. Dies heisst sehr konkret, die Konsolidierung der staatlichen Macht in allen Landesteilen herstellen – und dass sich die Bundeswehr langfristig nicht mehr allein auf den Norden des Landes konzentrieren kann. Die verstärkten Kampfhandlungen, die durch das Wiedererstarken der Taliban bedingt sind, machen es auch dringend erforderlich, die Bevölkerung auf eben neue Kampfhandlungen und deren Folgen vorzubereiten. Bislang fehlt jedoch nicht nur der Bundesregierung ein gemeinsam mit der afghanischen Regierung ausgehandeltes Zukunftskonzept für das Land – die Chance besteht nach den Wahlen in Afghanistan und ist eine der dringendsten Aufgaben der deutschen und internationalen Politik.
 - *Iraq:* Die Bundesrepublik ist durch die Ausbildung von Polizeieinheiten entgegen der öffentlichen Wahrnehmung im Iraq präsent. Von dieser praktischen Involvierung abgesehen muss die Bundesregierung jedoch auch in der strategischen Ausrichtung der Region und des Landes eine aktivere Rolle einnehmen. Bislang hat weder die rot-grüne noch die schwarz-rote Regierungskoalition wirklich die Bereitschaft erkennen lassen, die historisch guten Beziehungen in die gesamte Region einzusetzen. Diese reichen bis in den Hedschas und nach Teheran hinein, nur hat sich Deutschland bislang verdrängen lassen. Diese „Altlast“ sinnvoll zu nutzen ist eine dringliche Aufgabe bundesdeutscher Politik.
- **Naher und Mittlerer Osten:** Die Region ist der zentrale Konfliktherd, bei dem sich ein Streitpunkt aus dem anderen ergibt. Die FDP hatte bereits 1999 vorgeschlagen, dies über ein dem KSZE-Prozess ähnliches Modell einer Lösung zu zuführen. Ähnlich wie im Iraq ist die Bundesregierung zwar nicht in der Lage, eine Lösung durchzusetzen, jedoch eine Lösung anzustreben: Deutschland ist eine Grossmacht und besitzt eine allseitige Anerkennung in der Region. Diese Chance hat die Bundesrepublik bislang zu wenig genutzt, obwohl Israel in Verbindung mit dem Libanon-Einsatz der Bundeswehr seit 2006 eben dieses lautstark gefordert hat.



- **Energieaussenpolitik:** Das zentrale Handlungsfeld der Zukunft wird die Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung sein. Die beiden Winterauseinandersetzung zwischen der Ukraine und Russland um die Gaslieferungen haben gezeigt, dass die Abhängigkeit von russischen Energielieferungen existenzbedrohend sein kann. Die USA wie China haben hier wie in der Rohstoffversorgung bereits Diversifizierungen vorgenommen und neue Märkte in Afrika und Lateinamerika erschlossen. Europa hinkt hinterher und für Deutschland ist es existentiell, sich genau auf diesem Sektor zu engagieren. Mit der Erschliessung des zentralasiatischen Raumes – bei dem Russland wie die USA nicht mehr wohlgefallen sind – wurde durch die alte Bundesregierung ein Anfang gemacht. Es wird deshalb darauf ankommen, hier klare Interessen zu formulieren und diese auch durchzusetzen und dabei auch anderen „weh zu tun“, sprich diese Interessen durchzusetzen.
- **China und Afrika:** China – wie auch die anderen BRIC-Staaten⁴⁴ – wollen in Afrika eine aktivere Rolle spielen. Die Pekinger Regierung hat seit 2000 die stärksten Anstrengungen unternommen, um in Afrika Fuss zu fassen und die eigene Rohstoffversorgung zu sichern. Bewusst ist hat die chinesische Regierung die Bemühungen zur konditionierten Entschuldung der G8-Staaten unterlaufen und vergibt Kredite, die nicht als Prinzipien wie *good governance* oder Rechtsstaatsstandards gebunden sind. Was aus dem chinesischen Prinzip der Nichteinmischung logisch ist, ist vor dem Hintergrund des G8-Schuldenabbaus nicht akzeptabel. Europa wie Deutschland haben bislang eine Antwort darauf fehlen lassen – sowohl strategisch wie operativ. Als europäische Grossmacht mit vitalen Interessen in der Region wird es daher darauf ankommen, dem chinesischen Kolonialismus auf dem südlichen Nachbarkontinent entgegen zu wirken und die Staaten bei ihrem Stabilisierungsprozess Unterstützung zu geben.
- **Ferner Osten:** Nur scheinbar ist der Ferne Osten fern, aber sowohl für die europäische Politik wie Wirtschaft wichtig. Die Stärkung der chinesischen Wirtschaft von der Werkbank zum *Thing Tank* ist nicht nur im chinesischen Interessen, sondern im Interesse auch der europäischen Industrie, um das Potential des Reiches der Mitte nutzen zu können.

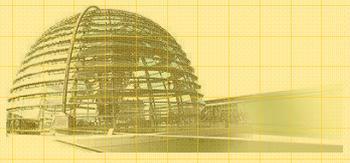
Der Ferne Osten steht jedoch auch vor fundamentalen sicherheitspolitischen Herausforderungen mit Rückkoppelung auf die Weltwirtschaft. Dies ist nicht nur die unsichere Lage in Nordkorea und der Dauerkonflikt über die Taiwan-Strasse hinweg. China und mehre Staaten beanspruchen gleichzeitig mehrere Inseln im Südchinesischen Meer, deren aktiver Ausbruch bislang vermieden werden konnte. Der regionale Rüstungswettlauf könnte jedoch einige Staaten veranlassen, den

⁴⁴ vgl. u.a. Gerhard Seibert, Brasilien in Afrika . Globaler Geltungsanspruch und Rohstoffe, GIGA Focus 8/2009.



Konflikt zu ihren Gunsten zu entscheiden, solange Peking noch nicht über eine leistungsstarke Marine verfügt.

Als Fazit der programmatischen Aussagen und der aktuellen Herausforderungen bleibt zunächst festzustellen, dass in den kommenden Jahren keine allzugrossen Wandlungen zu erwarten sein dürften. Eine Bürgerliche Koalition liesse zumindest erwarten, dass die bundesdeutschen Interessen erstmals auch formuliert werden und nicht nur immer im Hintergrund lediglich mitschweben. Ob die neue Koalition jedoch schon in der Lage ist, der Interessendefinition auch eine dem Grossmachtstatus entsprechende Politik zu verfolgen, ist eher fraglich – denn Grossmacht heisst im deutschen Sprachgebrauch immer noch imperialistisches Handeln und nicht interessen- und wertorientiertes Agieren.



Literatur

Programmschriften

- CDU Bundesverband, Starkes Europa – Sichere Zukunft . Europawahlprogramm der CDU 2009, Berlin 2009.
- CDU Bundesgeschäftsstelle, Wir haben die Kraft . Gemeinsam für unser Land – Regierungsprogramm 2009-2013, Berlin 2009.
- CSU Landesleitung, CSU-Europahlprogramm 2009, München 2009.
- FDP Bundesverband, Ein Europa der Freiheit für die Welt des 21. Jahrhunderts, Berlin 2009.
- FDP Bundesverband, Die Mitte stärken . Deutschlandprogramm 2009, Berlin 2009.
- Bündnis 90/Die Grünen, Volles Programm mit WUMS! . Für ein besseres Europa, Berlin 2009.
- Bündnis 90/Die Grünen, Der grüne neue Gesellschaftsvertrag, Berlin 2009.
- Linkspartei, Solidarität Demokratie Frieden – Gemeinsam für den Wechsel in Europa!, Berlin 2009.
- Linkspartei, Konsequenz sozial . Für Demokratie und Frieden, Berlin 2009.
- SPD, Europamanifest der SPD für die Wahlen zum Europäischen Parlament 2009, Berlin 2009.
- SPD, Sozial und demokratisch . Anpacken für Deutschland, Berlin 2009.

Sekundärschriften

- Walter Kolbow, Mut zu Dialog und Kooperation . Kernelemente sozialdemokratischer Außen- und Sicherheitspolitik, ZFAS 2 (2009), S. 284-294.
- Volker Kauder, Im Interesse Deutschlands . Die außen- und sicherheitspolitischen Positionen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ZFAS 2 (2009), S. 273-283.
- Fritz Kuhn, Zivil verantwortlich europäisch und verlässlich . Die Außen- und Sicherheitspolitik von Bündnis 90 / Die Grünen, ZFAS 2 (2009), S. 315-325.
- Gregor Gysi, Internationales Recht, zivile Krisenprävention und Abrüstung . Die Grundsätze einer linken Friedenspolitik, ZFAS 2 (2009), S. 305-315.
- Guido Westerwelle, Neue Chance für Frieden und Freiheit . Grundzüge einer liberalen Außenpolitik, ZFAS 2 (2009), S. 295-304
- Eckart Lohse / Markus Wehner, Rosenkrieg . Die große Koalition 2005-2009, Köln 2009, S. 134.
- Margaret Heckel, So regiert die Kanzlerin . Eine Reportage, München / Zürich 2009, 2. Auflage, S. 107.
- Gernot Erler, Mission Weltfrieden . Deutschlands neue Rolle in der Welt, München 2009.